

Deputation für Kinder und Bildung Sitzungsprotokoll der 04. Sitzung (städtisch)			
19. Legislaturperiode der Bremischen Bürgerschaft 2015 - 2019			
Sitzungstag 27. Januar 2016	Sitzungsbeginn 17:10 Uhr	Sitzungsende 19:00 Uhr	Sitzungsort Sitzungssaal 120 Rembertiring 8-12

Teilnehmer/innen:

siehe Anwesenheitsliste

Tagesordnung:

- TOP 1 Genehmigung der Tagesordnung
- TOP 2 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 16. Dezember 2015
- TOP 3 Beschulung und Betreuung von Kindern von Geflüchteten und unbegleiteten minderjährigen Ausländern in der Stadtgemeinde Bremen Vorlage G 14/19
- TOP 4 Richtlinien über die Aufnahmekapazitäten der allgemeinbildenden Schulen der Primarstufe und der Sekundarstufe I in der Stadtgemeinde Bremen Vorlage G 15/19

Erneute Befassung bezüglich der Kapazitäten der Schulen der Sekundarstufe I
- TOP 5 Weiterentwicklung und Verstärkung der alltagsintegrierten sprachlichen Bildung und Sprachförderung für alle Kinder im Elementarbereich, Sprachstandsfeststellung und Sprachförderung im Jahr vor der Einschulung Vorlage G 13/19
- TOP 6 Schulstandortplanung Vorlage G 16/19

Hier: Bericht zur Erarbeitung von Flächenstandards für allgemeinbildende Schulen
- TOP 7 Raumbedarfe der Allgemeinen Berufsschule (ABS) Vorlage G 17/19
- TOP 8 Verschiedenes

Bericht: Planungen zum Ausbau der Grundschule Pastorenweg Vorlage G 515/19

Bericht: Gasleckage an der Albert-Einstein-Oberschule	Vorlage G 516/19
Bericht: Sachstandsbericht zum Antrag der Schule an der Uphuser Straße auf Umwandlung in eine Ganztagschule	Vorlage G 517/19
Bericht: Anträge auf Umwandlung in GTS bzw. Erweiterung des Ganztagsangebotes	Vorlage G 518/19
Bericht: Tutorenprogramm für Medienbildung	Vorlage G 519/19

TOP 1 Genehmigung Tagesordnung

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und bittet um Genehmigung der Tagesordnung. Frau Vogt bittet um Aussetzung des Tagesordnungspunktes 6, da die Vorlage den Deputierten erst im Nachversand zugegangen war. Die Deputation folgt dieser Bitte.

Beschluss:

Die Deputation genehmigt die Tagesordnung unter Maßgabe der vorstehenden Änderung.

TOP 2 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 16. Dezember 2015

Frau Vogt bittet das Protokoll unter Tagesordnungspunkt 10 „Verschiedenes“ dahingehend zu ändern, dass nicht nur Herr Dr. Güldner sondern auch sie um den Bericht zum Raumprogramm der Grundschule Pastorenweg (G513/19) gebeten haben. Frau Peters bittet das Protokoll dahingehend zu ändern, dass sie unter dem Tagesordnungspunkt 10 „Verschiedenes“ nicht allein eine Nachfrage zur Ausstattung der Schulen mit Schulsozialarbeit sowie deren Perspektive gestellt, sondern einen Bericht erbeten habe.

Beschluss:

Die Deputation genehmigt das Protokoll unter Maßgabe der vorstehenden Änderungen

TOP 3 Beschulung und Betreuung von Kindern von Geflüchteten und unbegleiteten minderjährigen Ausländern in der Stadtgemeinde Bremen

Der Vorsitzende ruft den Tagesordnungspunkt auf und schlägt vor, diesen zusammen mit dem Tagesordnungspunkt 4 zu debattieren. Die Deputation stimmt dem zu.

Frau Senatorin Dr. Bogedan erläutert die Vorlage. Der Bericht stelle eine gute Ist-Zustandsbeschreibung des Bremischen Weges der Flüchtlingsbeschulung mit der dezentralen Aufnahme in Vorkursen bei möglichst rascher Anbindung an die Regelklassen dar. Für den Kita-Bereich sei eine derart detaillierte Darstellung unter anderem aufgrund der unterjährigen Aufnahme nicht möglich. Die bereits vorgelegte Aufnahmeverordnung und die nunmehr zur Diskussion gestellte Kapazitätsrichtlinie seien in diesem Zusammenhang Ausdruck des Ringens um eine rechtsfeste Absicherung der Integrationsziele. Das wesentliche Steuerungsziel sei dabei die Verteilung über das ganze Stadtgebiet. In der Neufassung der Kapazitätsrichtlinie werde daher jetzt an Oberschulen zwei und an Gymnasien ein Platz in Eingangsklassen, die keine Inklusionsklassen sind, für Kinder aus Vorkursen freigehalten. Zugleich werde ein Puffer für später aufgebaut, indem an fünf Standorten je ein zusätzlicher Klassenverband eingerichtet werde. Diese sollten dann nicht als reine Flüchtlingsklassen eingerichtet, sondern bis zu 50% mit anderen Kindern besetzt werden. In der Vorlage seien die fünf Standorte genannt, bei denen nach dem jetzigen Stand auch eine Abstimmung mit der Schulleitung erfolgt sei. In der Prognose-Übersicht (Anlage 3) seien diese zusätzlichen Verbände aber noch nicht dargestellt, da zunächst auch die Entwicklungen im Anwahlverfahren abgewartet werden müssten. In dieser Anlage müsse überdies für die GSM die Zahl in der Spalte „freigehaltene Plätze“ von 4 auf 8 korrigiert werden.

Herr Dr. vom Bruch erklärt, er teile grundsätzlich die Intention zur Flüchtlingsbeschulung, die in der Vorlage G14/19 ausgedrückt werde. Angesichts der Schwierigkeit, die Beteiligungsziele im Kita-Bereich zu erreichen, sei es angezeigt, auch über eine Kita-Pflicht nachzudenken. Herr Rohmeyer merkt zur Vorlage G15/19 an, dass bei den ausgewählten Schulen nach dem letzten Stand keine Schulen aus dem Osten oder dem Westen berücksichtigt seien, obwohl diese Stadtregionen einen hohen Zuzug zu verzeichnen hätten. Frau Krümpfer hält es angesichts der Bedarfe im Kita-Bereich für erforderlich, dass die Ausbauplanung schnellstens beginne. Auf ihre Frage führt Frau Senatorin Dr. Bogedan aus, dass das angekündigte Bündnis für Betreuung seine Arbeit am nächsten Tag aufnehme. Hier läge der Fokus neben der Betreuung von Flüchtlingskindern auf der Schaffung zusätzlicher Plätze insgesamt. Frau Vogt weist auf die langen Zeiträume beim Bau von Einrichtungen hin und erklärt, man müsse insbesondere die Brückenprojekte stärker nutzen. Auch werde man um eine Erhöhung der Kapazitäten in der Erzieherinnen-Ausbildung nicht herumkommen. Zudem dürfe auch die Sprachförderung der Regelschüler/-innen über die Flüchtlingsdebatte nicht aus dem Blick geraten. Auf ihre Frage berichtet Frau Senatorin Dr. Bogedan, dass die Einstellung von Lehrkräften aus dem 3. Senatssonderprogramm bis jetzt sehr befriedigend verlaufen sei. Auch sei die Frequenz in den Vorkursen entgegen ihrer Vermutung nicht erhöht worden. Herr Schleppe (Landesverband der evangelischen Kindertageseinrichtungen) halte es für überlegenswert, das Vorhalten von freien Plätzen auch auf den Kita-Bereich auszudehnen. Man müsse

die Kapazitäten da schaffen, wo sie gebraucht würden, dafür seien die Brücke-Projekte in der Verantwortung der Sozialsenatorin auch ein geeignetes Instrumentarium. Zur Ausbauplanung insgesamt brauche man eine kurzfristige konzentrierte Betrachtung der Bedarfe in den Stadtteilen. Dies werde sich jetzt anhand der Anmeldungen ergeben. Um die anstehenden Aufgaben bei der Schaffung von ausreichenden Platzkapazitäten zu meistern bedürfe es eines gemeinsamen Schulterschlusses.

Frau Senatorin Dr. Bogedan erläutert, dass gerade dieser Schulterschluss mit dem Bündnis für Betreuung erreicht werden solle. Es sei aber leider zu konstatieren, dass der Senat im letzten Jahr eine Ausbauplanung beschlossen habe ohne die hierfür erforderlichen Mittel bereitzustellen. Über eine Betreuungspflicht im letzten Kindergartenjahr könne durchaus nachgedacht werden, zunächst einmal gehe es aber vordergründig darum, den Betreuungsanspruch im U3- und Ü3-Bereich zu erfüllen. Bremen stehe vor der Aufgabe einer nachholenden Entwicklung und damit vor einer riesengroßen Herausforderung. Die Vorkurse seien insgesamt über das ganze Stadtgebiet verteilt. Bei der Auswahl der 5 zusätzlichen Klassenverbände sei daneben insbesondere auf leistungsstärkere Standorte abgestellt worden. Im Grundschulbereich habe der Senat am Vortag Mittel für 8 Standorte, mithin 2 pro Region, beschlossen.

Herr Dr. Güldner erklärt, er könne die von Frau Vogt geäußerte Kritik an der angeblich mangelnden Transparenz zur Finanzierung des Integrationskonzeptes nicht nachvollziehen. Da der Senat an dieser Stelle noch nicht beschlossen habe, verbiete sich jegliche Kommentierung der Presseberichterstattung zu den Vorlageentwürfen. Herr Hansen (ZEB) erklärt, der Sek-II-Bereich werde zu wenig in den Blick genommen. Anschließend diskutieren die Deputierten über Einschätzungen über den Bildungsstand von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen. Auf die Frage von Frau Vogt, ob die fünf zusätzlichen Klassenverbände für ausreichend gehalten werden, erklärt Frau Senatorin Dr. Bogedan, man habe diese zunächst vorsorglich für die Bedarfe eingerichtet, die man aktuell noch nicht kenne. In 2016 gehe der Senat derzeit aber von 12000 Flüchtlingen aus, davon 2400 Kinder im schulpflichtigen Alter, die nach Bremen kommen.

Beschluss:

Die Deputation für Kinder und Bildung nimmt den Bericht über die Beschulung und Betreuung von Kindern von Geflüchteten und unbegleiteten minderjährigen Ausländern zur Kenntnis.

der Stadtgemeinde Bremen

Beschluss: 8 Stimmen dafür (SPD, B90/Die GRÜNEN, FDP)

1 Stimme dagegen (Die LINKE)

2 Enthaltungen (CDU)

Die Deputation für Kinder und Bildung stimmt den Richtlinien über die Aufnahmekapazitäten der allgemeinbildenden Schulen der Primarstufe und der Sekundarstufe I in der Stadtgemeinde Bremen in der Fassung der Anlage 1 nebst deren Anlage 1 nunmehr auch hinsichtlich der weiterführenden Schulen der Sekundarstufe I zu.

TOP 5 Weiterentwicklung und Verstärkung der alltagsintegrierten Vorlage G 13/19 sprachlichen Bildung und Sprachförderung für alle Kinder im Elementarbereich, Sprachstandsfeststellung und Sprachförderung im Jahr vor der Einschulung

Frau Krümpfer dankt für den Bericht. Leider stünden nicht ausreichend Bundesmittel für eine Ausweitung auf weitere Projekte zur Verfügung. Aus dem Bericht gehe hervor, dass Gröpelingen eine besonders hohe Förderquote aufweise. Dies führe ihres Erachtens dazu, dass man darüber nachdenken müsse, in besonders belasteten Stadtteilen die Betreuungsschlüssel zu senken. Herr Dr. vom Bruch erkennt in dem vorgelegten Bericht die Berichterstattung wie in den Vorjahren, es falle jedoch auf, dass die Quote der Kinder, die auch nach Sprachförderung in den Kitas noch Förderbedarf aufweise, besonders hoch sei. Frau Vogt sieht angesichts der Befunde Bedarf für eine Debatte über die Verteilung der Ressourcen für Sprachförderung und bittet um einen Sachstandsbericht zu den fünf Modellstandorten zur durchgängigen Sprachbildung. Herr Schlepper erklärt, die Cito-basierte Sprachförderung setze seines Erachtens im Grunde schon zu spät an, wichtig sei die alltagsintegrierte Sprachförderung. Bei Bundesmitteln sei in der Regel das Problem die mangelnde Kontinuität. Deshalb sei es wichtig, dass es künftig eine solide und eigenständige Förderung des Kitabereiches durch den Bund gebe.

Frau Senatorin Dr. Bogedan sieht in dem Bericht zunächst ein Regelwerk, das aber auch die bestehenden Bedarfe erkennen lasse. Zuletzt seien in diesem Bereich aber schon viele Ressourcen eingesetzt worden. Wichtig seien in diesem Bereich ein durchgängiges Sprachbildungskonzept und die Förderung von Anfang an. Ob an dieser Stelle in einem Jahr ein besseres Ergebnis berichtet werden könne sei angesichts des Umstandes, dass in bestimmten gesellschaftlichen Gruppen inzwischen fast vollständig die Sprachvorbilder fehlten, fraglich.

Der Hinweis auf die Verantwortung des Bundes sei völlig richtig. Ein Land allein, zumal ein Haushaltsnotlageland, könne diese Herausforderung kaum bewältigen.

Herr Dr. Güldner weist in diesem Zusammenhang noch einmal auf die Chancen für die verbesserte Zusammenarbeit hin, die sich aus der Zusammenlegung der Bereiche Kinder und Bildung ergäben. Auf seine Frage erläutert Frau Hochstein dass die Anzahl der Gruppen für den Stadtteil Findorff in dem Bericht (Anlage) tatsächlich nicht stimmen könne und eine korrigierte Anlage nachgereicht werde. Auf die Frage von Herrn Güngör zum Anstieg der Anzahl der Kinder mit Förderbedarf erklärt Frau Hochstein, dass hierfür auch veränderte Erklärungsmuster verantwortlich seien. Dies berücksichtigt falle der Anstieg nicht so deutlich aus. Ein entsprechender Bericht werde der Deputation vorgelegt.

Beschluss:

Die Deputation für Kinder und Bildung nimmt den als Anlage beigefügten Bericht zur Kenntnis.

TOP 6 Schulstandortplanung

Vorlage G 16/19

Hier: Bericht zur Erarbeitung von Flächenstandards für all-gemeinbildende Schulen

Der Tagesordnungspunkt wurde auf Beschluss der Deputation für diese Sitzung ausgesetzt.

TOP 7 Raumbedarfe der Allgemeinen Berufsschule (ABS)

Vorlage G 17/19

Herr Güngör erklärt, seine Fraktion habe den Standort an der Theodor-Billroth-Straße seinerzeit nicht ausdrücklich befürwortet, da er nicht wirklich gut geeignet sei. Auch die Dudweiler Straße als Standort für die ABS müsse man sich zukünftig genauer anschauen, da das Zusammentreffen mit verschiedenen anderen Bildungsgängen an diesem Standort schwierig und problematische sei. Insofern sei die Prüfung der Bardowickstraße als Standort sehr wichtig. Herr Dr. Güldner unterstützt die Aussagen und gibt zu bedenken, dass die Aufstellung eine Schule an derartig vielen Standorten zu administrativen Problemen führe. Dafür bedürfe es entsprechender Unterstützungssysteme. Gleichwohl erbringe die ABS herausragende Leistungen bei der Beschulung unbegleiteter Minderjähriger. Herr Dr. vom Bruch gibt zu bedenken, dass der Standort Bardowickstraße viel früher hätte geprüft werden müssen. Seine Fraktion werde zwar zustimmen, den angegebenen Zeitrahmen halte er aber für nicht hinnehmbar. Frau Vogt sieht dies kritisch, da der Standort aktuell unverändert für die Unterbrin-

gung von Flüchtlingen genutzt werde. Herr Groenegreß, Schulleiter der ABS, hält es für richtig, perspektivisch über eine Reduzierung der Standorte nachzudenken. Diese Vorlage sei aber angesichts der aktuellen Bedarfe wichtig, da sie die notwendigen Voraussetzungen schaffe, dass die Schule ihr Konzept an den aktuellen Standorten umsetzen könne.

Beschluss: (einstimmig)

Die städtische Deputation für Kinder und Bildung nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis und hebt den Beschluss der städtischen Deputation für Bildung vom 13. Juni 2013 auf.

Die Deputation beauftragt die Senatorin für Kinder und Bildung, den Standort Valckenburghstraße in das Konzept der Allgemeinen Berufsschule einzubeziehen. Zur Umsetzung des Schwerpunktkonzeptes der ABS am zukünftigen Standort Theodor-Billroth-Straße soll der Deputation eine Raum- und Kostenplanung vorgelegt werden.

Die Maßnahme an der Wilhelm-Kaisen-Oberschule ist mit Immobilien Bremen mit Verweis auf das Mobilbauersatzprogramm umzusetzen. Nach erfolgter Umsetzung der Maßnahme ist der Rückbau der Containeranlage durchzuführen.

Die Deputation bittet die Senatorin für Kinder und Bildung, den Standort Bardowickstraße umgehend einer Prüfung hinsichtlich einer Anschlussnutzung zu unterziehen und bis Ende 2016 Vorschläge für eine mögliche Nachnutzung des ehemaligen Schulstandorts an der Bardowickstraße als Dependance einer berufsbildenden Schule zu erarbeiten und gemeinsam mit dem Eigentümer Immobilien Bremen eine aktualisierte Kosteneinschätzung für die Sanierung und gegebenenfalls erforderliche nutzungsspezifische Herrichtung sowie eine Einschätzung zur Wirtschaftlichkeit der Fortführung des Schulstandortes vorzulegen.

TOP 8 Verschiedenes

Der Bericht „Planungen zum Ausbau der Grundschule Pastorenweg“ (G515/19) auf die Frage des Abgeordneten Güngör wird vorgelegt. Frau Vogt bittet, den Bericht in der nächsten Sitzung zu diskutieren.

Der Bericht „Gasleckage an der Albert-Einstein-Oberschule“ (G516/19) auf die Frage des Abgeordneten Rohmeyer wird vorgelegt. Auf die Nachfrage von Herr Rohmeyer trägt Herr Stoessel den aktuellen Stand vor.

Der Bericht „Sachstandsbericht zum Antrag der Schule an der Uphuser Straße auf Umwandlung in eine Ganztagschule“ (G517/19) auf die Frage des Deputierten Jentschke wird vorgelegt.

Der Bericht „Anträge auf Umwandlung in GTS bzw. Erweiterung des Ganztagsangebotes“ (G518/19) auf die Frage des Abgeordneten Dr. vom Bruch wird vorgelegt. Die Deputation bittet um eine Nachversendung einer korrigierten Fassung der Anlage. Auf die Frage von Herrn Dr. vom Bruch erklärt Frau Senatorin Dr. Bogedan, ein Vorschlag für weitere Standorte könne der Deputation erst vorgelegt werden, wenn es eine entsprechende Haushaltsbeschlussfassung gegeben habe.

Der Bericht „Tutorenprogramm für Medienbildung“ (G519/19) auf die Frage des Abgeordneten Dr. vom Bruch wird vorgelegt.

Herr Rohmeyer bittet um einen Bericht zur Nutzung des Gebäudes Schmidtstraße 10 sowie um einen Bericht zum Zustand der Räume am Osterdeich 6.

Frau Krümpfer bittet von der Konstituierung und der Arbeit des Bündnisses für Betreuung in einer der nächsten Sitzungen zu berichten.

Angesichts der fortgeschrittenen Zeit regt Herr Rohmeyer an, künftig über eine zeitliche Beschränkung der Deputationssitzungen nachzudenken.



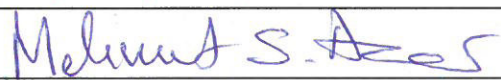
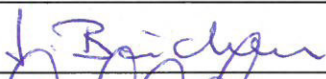


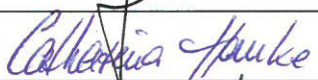


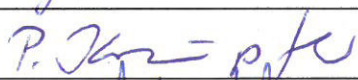
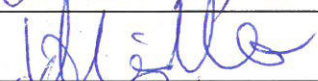
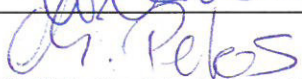

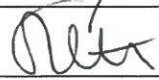
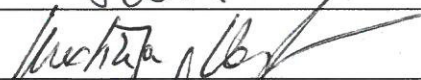

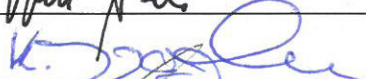

Der vorsitzende schließt die Sitzung um 19:00 Uhr.

Anwesenheitsliste

Deputation für Kinder und Bildung (staatlich + städtisch)

19. Wahlperiode der Wahlperiode 2015 - 2019

Sitzungstag	Sitzungsbeginn	Sitzungsende	Sitzungsort
27.01.2016	15:30 Uhr	19:00 Uhr	Rembertiring 8-12

Mitglieder der Deputation	Unterschrift *)	Bemerkungen
Senatorin Dr. Claudia Bogedan		
Staatsrat Frank Pietrzok		
Acar, Mehmet Sirri		Land
Ahrens, Sandra		Stadt
Böschchen, Sybille		Land
Göldner, Dr. Matthias		Land/Stadt
Güngör, Mustafa		Land/Stadt
Hanke, Catharina		Land
Jentschke, Franz		Stadt
Kohlrausch, Julie		Land/Stadt
Krümpfer, Petra		Stadt
Müller, Dr. Henrike		Land
Peters, Monika		Land
Rohmeyer, Claas		Stadt
Schnittker, Christine		Land
Vogt, Kristina		Land/Stadt
Vom Bruch, Dr. Thomas		Land/Stadt
Wargalla, Kai-Lena		Stadt
Weigelt, Helmut		Stadt

*) Hinweis: Vertretungsweise Teilnehmer/innen bitte mit i. V. unterschreiben